

Kassandra der Madoff-Opfer

Harry Markopolos geisselt die Börsenaufsicht und warnt vor weiteren Betrügern

VON MARTIN SUTER

NEW YORK Bernie Madoffs alle Rekorde sprengendes Pyramidensystem hat einen Helden: Harry Markopolos. Der unauffällige, leicht schielende 52-Jährige las diese Woche vor dem Kongress in Washington den US-Aufsichtsbehörden die Leviten.

Der in Boston als Wirtschaftsprüfer und Finanzdetektiv tätige Markopolos hatte früh Verdacht geschöpft, dass es bei den steten Gewinnen von Bernard Madoffs Investmentfonds nicht mit rechten Dingen zugehen konnte. Bereits im Mai 2000 äusserte er gegenüber der Börsenaufsicht SEC die Vermutung, Madoff könnte ein sogenanntes «Ponzi scheme» betreiben und bezifferte die Betrugssumme auf drei bis sieben Milliarden Dollar. Die SEC ging seinen ausführlichen Hinweisen nicht nach, ebenso wenig wiederholten später Eingaben.

«Ihr habt in eurer Mission total und gründlich versagt»

Am Mittwoch warf Markopolos vor dem Finanzausschuss des US-Repräsentantenhauses der SEC vor, der Finanzindustrie ergeben zu sein und sich davor zu fürchten, prominente Individuen anzuklagen. «Durch ihre ermittelnde Unfähigkeit und ihren finanzwirtschaftlichen Analphabetismus» hätten SEC-Anwälte «konspiriert, um grosse Betrugsfälle am Leben zu erhalten», sagte er.

Empört über die Enthüllungen, nahmen Abgeordnete die nach Markopolos auftretenden SEC-Oberen aufs Korn. «Ihr habt in eurer Mission total und gründlich versagt», wettete Gary Ackerman aus New York. Vollzugschefin



Held Markopolos, 52: Konspiration der SEC-Anwälte? FOTO: GETTY IMAGES

Linda Thomsen soll jetzt von der neuen SEC-Vorsitzenden Mary Schapiro durch einen gewieften Ankläger ersetzt werden.

Die über 300 Seiten von Markopolos' Dokumentation bergen aufschlussreiche Details. So hat der Finanzschnüffler seine Erkenntnisse über Madoff auch dem «Wall Street Journal» gesteckt. Dort verhinderten Redaktoren, dass sich ein interessierter Reporter damit befasste.

Zwölf Helfershelfer in Europa und prominente Betrogene

Markopolos hat zudem herausgefunden, dass die Fairfield Greenwich Group, über deren Zulieferfonds auch Schweizer Banken, vor allem Union Bancaire Privée, bei Madoff investierten, praktisch nichts über den Betrüger wusste. Markopolos glaubt überdies zu wissen, dass sich in Europa zwölf Helfershelfer Madoffs versteckt halten, und er übergab den Behörden Informationen über mindestens ein weiteres Pyramidensystem.

Für die Betrogenen kam Markopolos' Philippika zu spät. Schlimmer: Am gleichen Tag sahen sie sich peinlich geoutet, als der Konkursrichter eine 13567 Namen umfassende Liste von Madoff-Opfern veröffentlichte (www.madoffsearch.com). Die Liste enthält 34 Namen von Firmen und Personen mit Adressen in der Schweiz, darunter als prominente Privatperson Willy R. Strothotte, Präsident des Rohstoffhändlers Glencore. Auf der Liste finden sich unter anderen der Schauspieler John Malkovich, Senator Frank Lautenberg, World-Trade-Center-Besitzer Larry Silverstein und der von der Holocaust-Affäre bekannte, inhaftierte Klägeranwalt Melvyn Weiss.



MARKUS GISLER

Fähig zur Erneuerung

600 000 neue Arbeitslose im Januar in den USA, weitere 10 000 Menschen ohne Arbeit in der Schweiz.

Das war erst der Anfang, es wird noch deutlich schlimmer kommen. Auch in der Finanzbranche steigt das Fieber wieder, wie an den Kreditabsicherungen abzulesen ist: Wer sich gegen den Zahlungsausfall der Swiss Life mit Credit Default Swaps (CDS) absichern will, muss dafür jetzt eine Prämie von 8,4 Prozent bezahlen, satte 6 Prozent mehr als Ende Oktober. Bei Swiss Life muss deshalb Alarmstimmung herrschen. Swiss Re CDS kosten enorm hohe 5 Prozent, und für die Versicherung gegen UBS-Zahlungsausfälle müssen auch 2,7 Prozent (1 Prozent mehr als CS) bezahlt werden, nachdem der Preis dafür zwischenzeitlich auf 1,5 Prozent gefallen war.

Wie es um die UBS steht, erfahren wir am Dienstag, das Swiss-Re-Debakel wurde am Donnerstag offenlegt. 6 Milliarden Abschreibungen bei einem Eigenkapital von 24 Milliarden sind in der Tat dramatisch. Das Schlimmste am Debakel der Swiss Re ist nicht

«Swiss Re hat im ureigensten Geschäft versagt – in der Vermeidung von überhöhtem Risiko»

so sehr, dass sie nach den Boomjahren 2004 und 2005 in das Geschäft der Finanzmarkt-Rückversicherungen eingestiegen war, sondern viel eher, dass die Rückversicherung den Weg nicht rechtzeitig wieder hinausfand. Im Nichterkennen des Risikos hat die Swiss Re in ihrem ureigensten Geschäft versagt, nämlich in der in Stein gemeisselten Vermeidung jedes überhöhten Risikos. Von Menschen, die das Rückversicherungsgeschäft betreiben, erwartet man absolute Vorsicht, deshalb setzen sich bei der Swiss Re auch Wissenschaftler intensiv mit Gefahrenszenarien aller Art auseinander. Weshalb der Verwaltungsrat eingedenk dieses Credo den Gang in die Finanzabsicherung zugelassen, ja diesen bewusst gefördert hat, muss er seinen Aktionären noch erklären.

Jetzt werden personelle Konsequenzen gefordert. Das ist auf der Ebene der Unternehmensführung weniger ein Problem, in der Geschäftsleitung gibt es durchaus fähige Leute, welche die Eskapaden in die Finanzbranche immer argwöhnisch beobachtet haben. Weniger klar ist, ob der Verwaltungsrat die Konsequenzen zieht. Offen ist, ob im Gremium überhaupt die Einsicht besteht, eine Erneuerung sei nötig. Vom Aktionariat wird kaum Druck aufkommen, zu atomisiert ist es. Wenn der VR beweisen will, dass er mit starken Persönlichkeiten besetzt ist, muss er handeln. Sonst verliert er vollends die Glaubwürdigkeit.

Ein kleiner «Jérôme Kerviel» am Werk

Ein anonym Brief deckt Fehlmanipulationen eines Junior-Händlers von Julius Bär auf

ZÜRICH Am Freitag schwebte das Gespenst von Jérôme Kerviel über Julius Bär. Händler Kerviel hatte die französische Bank Société Générale vor Jahresfrist durch verbotene Spekulationen 5 Milliarden Euro gekostet. Bei Bär geht es zwar nur um 5 Millionen Franken. Doch die Panik war vergleichbar gross.

Auslöser der Flucht aus Bär war ein anonym Brief an die Finanzmarktkommission (Finma) vom 23. Dezember 2008 (siehe Ausschnitt). Das Schreiben zirkulierte am Freitagmorgen in Londoner Börsenkreisen, während die Bär-Führung zur gleichen Zeit in einem Seminarraum in einem Zürcher Hotel ihr 2008er-Resultat präsentierte.

2,7 Milliarden Börsenwert lösten sich in Luft auf

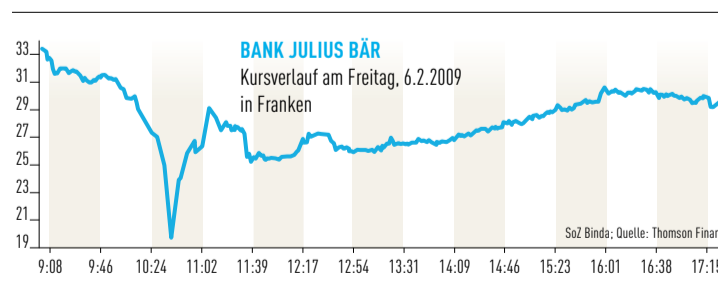
Im anonymen Brief ist von «Kerviel»-Methoden bei Julius Bär die Rede. Der Aktienkurs der Schweizer Privatbank sackte innert Minuten auf 20 Franken ab – minus 40 Prozent. Rund 2,7 Milliarden Börsenwert hatten sich in jenem Moment in Luft aufgelöst.

Die Bär-Chefs wurden von der Guerilla-Aktion auf dem linken Bein erwischt. Ex-CEO Hans de Gier, der nach Alex Widmers Ableben die operative Leitung der Bank

Der anonyme Brief an die Finanzmarktkommission...



...führte zu einem kurzfristigen Kurseinbruch



Julius Bär übernommen hatte, reagierte unwirsch. Die erhobenen Vorwürfe hätten keinerlei operative Bedeutung.

Diese stammen gemäss Brief von mehreren langjährigen «Direktionsmitgliedern» der Bank Julius Bär. Junior-Händler hätten Verluste auf festverzinslichen Positionen dem eigenen Buch der Bank belastet, dem sogenannten Nostro-

Konto. Statt dem Vorfall auf den Grund zu gehen, sei einer der Händler vom zuständigen Börsenchef entlassen worden und die Position aus dem Bär-Handelsbuch ins zentrale Bilanzmanagement verschoben worden. «Woher haben wir die Gewissheit, dass es nicht noch weitere versteckte Nostro gibt», wollten die Kritiker von der Finma wissen. Die Verschiebung

von Verlustpositionen könnte eine «altbewährte Lösung» sein, suggerierten sie. Die Aufsicht nehme den Fall ernst, sagte Finma-Sprecher Tobias Lux. Julius Bär habe reagiert und Massnahmen ergriffen. Ob sie genügt, werde nun geprüft.

Ein Bär-Sprecher spielte den Fall herunter. Julius Bär habe «diese vergleichsweise unbedeutende Angelegenheit intern schon im Oktober bereinigt», sagte er. Im Jahresbericht werde «ein unrealisierter Verlust von 5 Millionen Franken» auf das Investment ausgewiesen.

Nach dem Kurssturz prüft Julius Bär Klagen. «Wir sind in Kontakt mit der Börse bezüglich einer möglichen Untersuchung wegen Marktmanipulation», sagt Bielinski. Es sei kaum Zufall, dass «das anonyme Schreiben just am Tag unserer Zahlenpublikation in Umlauf» gekommen sei.

Gewinner sind Investoren, die Bär-Aktien am Donnerstag bei 33 Franken leer verkauften. Am Freitagmorgen konnten sie die Aktie dann für 20 Franken günstig erwerben. Schon am Abend lag der Titel wieder 50 Prozent über dem Tages-Tiefstand. Das Verbot von Leerverkäufen von Finanztiteln, die seit Ausbruch der Bankenkrise hoch- und hinunterschnellen, wurde vor wenigen Wochen aufgehoben.

LUKAS HÄSSIG

▶ FORTSETZUNG VON SEITE 47

Kernschmelze

für Kantonalbank-Chefs. «Als erträgliches Mass peilen wir den Lohn des Nationalbankpräsidenten an», sagt ein Bankrat. Jean-Pierre Roth verdient 845 000 Franken.

Der Lohn des obersten Nationalbankpräsidenten wäre dann die Schweizer Interpretation des sogenannten «Obama-Cap». Der amerikanische Präsident will die Bezüge von Managern, die am Staatstropf hängen, auf 500 000 Dollar kürzen. Die Schweizer Version der «Obama-Cap», der «Roth-Deckel», würde für eine ganze Reihe von Schweizer Bankern eine Lohnkürzung bedeuten. Kurer, Rohner, aber auch etliche Kantonalbanker müssten Abstriche hinnehmen (siehe Grafik).

In einer Untersuchung haben die US-Ökonomen Thomas Philippon von der New York University und Ariell Reshev von der University of Virginia festgestellt, dass der Lohnunterschied zwischen Banken und der übrigen Wirtschaft sehr gering war, mit Ausnahmen von zwei Perioden: Ende 20er- bis 30er-Jahre und Mitte 90er-Jahre bis 2006. In diesen Boomzeiten waren die Bankerlöhne 30 bis 50 Prozent höher als in der übrigen Wirtschaft.

Die Debatten um Lohnobergrenzen oder Bonuszahlungen machen deutlich, dass die Löhne der Banker sich stark von der Realwirtschaft abgekoppelt haben. Dass sie zurückkommen, dafür sorgen Politiker und Regulatoren, aber auch der Markt.